

**** Disclaimer: Dieses Transkript ist KI-generiert und kann daher Fehler enthalten****

Ich bin Anke Domscheit-Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag und erzähle euch mal wieder das Digitale aus dem Maschinenraum des Bundestages. Diesmal geht es um den Digitalausschuss vom 12. Juni. Da hatten wir hauptsächlich vier Themen. Nämlich einmal die massenhaften Rechtsverletzungen der chinesischen Online-Händler Temu und Shien. Was macht da die Ampel?

hatten wir nochmal ein chinesisches Thema, nämlich die Frage, sollen chinesische Bauteile raus aus dem 5G-Netz, ja oder nein? Da gab es ja eine Überprüfung der Telekommunikationsnetze und die Frage war offen. Was sind denn jetzt die Konsequenzen dieser Überprüfung? Und dann habt ihr es ja vielleicht mitbekommen, es gab schon wieder einen WebEx-Skandal. Eva Wolfangel von der ZEIT hatte unberechtigt Einblicke in alle möglichen Videokonferenzen des Bundes, vor allem in die Metadaten. Da kamen Cisco-Manager und haben uns Rede und Antwort gestanden. Da kamen Cisco-Manager und haben uns Rede und Antwort gestanden. Last but not the least, Millionengrab-Mobilinfrastrukturgesellschaft, auch Funklochamt genannt. Das wie der Name sollte, Funklöcher sagt, Aber hat schließen. das auch geklappt? Diese Frage

Zuerst geht es um die Online-Plattformen Temu und Shein. Die kennt ihr habt vielleicht mal so eine App gesehen. bestimmt, Auf jeden Fall die Werbung, also die gibt es ja praktisch überall. Man kann hier gar nicht entkommen. Und ehrlich gesagt, ich oute mich. Ein paar Wochen lang habe ich auch mal Temu genutzt. Hab da zwei, drei Bestellungen gemacht. Das war eine ziemlich interessante Erfahrung. Gerade weil man mitbekommt, wie krass diese Apps funktionieren mit der Gamifizierung und allem drum und dran. Hab die App dann aber wieder gelöscht. Denn einerseits ist sie ein Datenstaubsauger, ein wirklich unerträglicher und zweitens, es ist und bleibt einfach ein Arschloch-Unternehmen. Und wenn man so ein bisschen mit Anstand einkaufen will, dann fällt Temu einfach aus. Und Shiyin auch. Kleine Intro und das Thema, das sind ja beides Online-Marktplätze für chinesische Produkte für den Export. Die sind gerade in den letzten Monaten ganz extrem gewachsen.

ist noch super jung, ist erst 2022 gegründet, wird aber schon an der auf Fast Fashion. Da wird also super extrem on demand produziert und das gibt es nicht an der Börse, das gehört einfach mal so Millionär. Keine Ahnung, wie man den ausspricht. Chris Schuh vielleicht, XU schreibt sich der Nachname. Die sind auch wahnsinnig schnell gewachsen und seit 2024 sollen sie sogar das größte Modeunternehmen der Welt sein. Die Preise sind wahnsinnig niedrig und deswegen werden die halt so viel los. Aber warum sind die Preise eigentlich so niedrig? Also zum einen, weil die im Prinzip kaum Steuern zahlen, also jedenfalls nicht irgendwas, was in der EU ankommt. Die sind beide in der Europäischen Union in Irland registriert. Irland habt ihr schon mal gehört, da sind auch die ganzen großen Digitalplattformen, die kennen sich da also aus mit dreisten Steuertricks und kommen da auch immer gut durch. Aber neben diesen

Steuertricks umgehen die zum Beispiel auch den Zoll. Wir haben eine Zollfreiheit für Waren bis 150 Euro. Viele der Bestellungen dort sind unter 150 Euro. Wenn die mal drüber sind, dann teilen die das auf mehrere Pakete und schwupps zahlen sie kein Zoll. Jedes auf mehrere Pakete und schwupps, zahlen sie kein Zoll. Sie zahlen außerdem keine Umsatzsteuer in Deutschland, denn die wird ja entweder in China oder sogar in Europa schon gezahlt, in irgendeinem anderen Land. Das es gibt heißt, natürlich steuerliche Vorteile zu Unternehmen in Deutschland. Der Hauptfaktor ist aber die unfassbaren Arbeitsbedingungen, die im Prinzip so eine Art chinesischer Manchester-Kapitalismus sind. In den Fabriken da gibt es die allergeringsten sozialen Standards. Es gibt 6.000 Fabriken, die nur für Temo produzieren. Da arbeiten die 18 Stunden am Tag, 17, haben maximal einen Urlaubstag im Monat. Also auch sonntags wird da geschafft. Und wenn mal irgendein kleiner Fehler passiert, wird einfach krass der Lohn gekürzt. Ganz oft kriegen die nur Bezahlung pro Stück, was sie produziert haben. Haben also im Prinzip auch kein sicheres Gehalt, wohnen in verwahrlosten, überfüllten Unterkünften und es ist einfach nur zum Kotzen. Da gibt es übrigens eine interessante Doku vom ZDF zu Temu, die verlinke ich euch mal in den Shownotes, guckt mal rein, dann habt ihr auch keinen Bock mehr dazu kaufen. Das alles widerspricht natürlich auch chinesischem Arbeitsrecht, da gibt es eine 40-Stunden-Woche, aber offensichtlich interessiert das kein Schwein. Da wird nichts kontrolliert neue Fashionmodelle pro Tag rausgehauen. Also das ist wirklich Fast Fashion Literally Wegwerfmode, aber auch, weil immer wieder liest man im Internet von irgendwelchen dort bestellten Klamotten, die nach der allerersten Wäsche einfach komplett zerfallen sind. Da gibt es wahnsinnig viel billigen Plastikkrum und für die Umwelt ist natürlich auch relevant, da kommt praktisch alles per Luftpost. Man kriegt das sehr schnell geschickt, Versand kostet nichts, der ist immer dabei und dadurch tut man natürlich der Umwelt auch keinen Gefallen. Da drin ist aber auch jede Menge Gift, da sind Weichmacher drin, die sind hier verboten, da in ganz vielen Sachen drin, Schadstoffwerte werden hoffnungslos überschritten, vor allem in Plastikprodukten. Nach einer koreanischen Studie zum Beispiel gab es eine Grenzüberschreitung um das 400-fache bei krebserregenden Stoffen, zum Beispiel in Kinderschuhen. Also kauft auf gar keinen Fall jemals irgendwas für eure Kinder da, ihr werdet sie vergiften. Kinder ihr da, werdet sie vergiften. Aber diese Unternehmen klauen auch einfach Marken. Also die machen so Data Mining, auch mit KI. Da suchen die auf sämtlichen Plattformen weltweit, was geht denn gut, was wird gerade geschoppt, was ist in, was posten so Leute, was sie schick finden. Und dann wird dieses Design einfach hart geklaut. Das betrifft kleine Designer, das betrifft aber auch große. Zum Beispiel das japanische Unternehmen Uniqlo, das hat auch gerade geklagt. Und übrigens klagen die auch fand ich besonders lustig. gegeneinander, Also Temo

ihr wird, das persönlich seid bestellt, ihr Importeur und dann habt ihr die Haftung für das Produkt. Das heißt, wenn ihr das zum Beispiel an irgendwen anderen weiterverkauft, dann seid ihr der Importeur und haftet für das Gift in den Produkten. Habt ihr vielleicht auch noch nicht geahnt. Temo macht übrigens tatsächlich sogar noch Verlust, weil deren Hauptziel ist im Moment einfach nur zu expandieren und maximal groß zu werden. Deswegen gibt es auch

diese krasse Werbung überall, kostet ja auch ein paar Euro. Es gibt extreme Rabattaktionen, also richtig fette Prozente. Das habe ich ja gesehen in dieser App und da tickt da ständig so eine Uhr runter und sagt dir, dass du jetzt noch drei Minuten und 25 Sekunden 40 Prozent Rabatt kriegst, wenn du jetzt kaufst. Und das ist natürlich eine Art Dark Pattern und verführt viele Menschen dazu, Dinge zu kaufen, die sie weder brauchen, noch eigentlich haben wollen. Dann gibt es auch diverse Kooperationen mit sogenannten Mikro-InfluencerInnen. Also so im TikTok Video Werbung machen für Wegwerfmode, für ein bisschen Geld oder ein paar Gutscheine und schwupps, haben sie wieder ein paar Leute mehr. Das also ist der Hintergrund, vor dem wir im Digitalausschuss diskutiert haben und unsere Frage war, was macht denn eigentlich die Bundesregierung? Welche Instrumente kann man einsetzen, um diese permanenten Rechtsverletzungen auch einfach mal zu bekämpfen? Und dazu gibt es diverse Regulierungen, die da eventuell in Frage kommen. So wurden zum Beispiel ganz frisch, gerade erst in den letzten Wochen, April, Mai 2024, Temu und Shein als sogenannte VLOPS, als Very Large Online Platforms, im Rahmen des Digital Services Act klassifiziert, weil sie beide jeweils mehr als 45 Millionen User in der EU haben. Das heißt, die müssen die Vorschriften des Digital Services Act erfüllen und die sind schon relativ hart, haben dafür aber ein paar Monate Zeit. Also gibt es eine Vier-Monats-Frist, Ende September ist es fällig. Da müssen Sie übrigens einen Forschungsdatenzugang ermöglichen. Dann erfährt man mehr zum Beispiel über Dark Patterns. Sie müssen ein Risikomanagement einführen und bestimmte Transparenzberichte erstellen. Sie müssen aber auch personalisierte Werbung bei Minderjährigen unterbinden. Das wird schon mal nicht so leicht. Und Dark Patterns sind verboten, zumindest für die schwereren Fälle. Auch Produktfälschung müssen Sie dann verhindern. Und das wird eine Herausforderung, weil das gehört eigentlich zum Geschäftsmodell. Dann haben wir aber noch das EU-Lieferkettengesetz. Das wurde ja auch gerade erst beschlossen. Und vielleicht denkt ihr, ist doch super, kann man hier gleich anwenden. Aber leider ist es nicht ganz so. Denn das hat mehrjährige Fristen für die Umsetzung und also für die Umsetzung ein nationales Recht. Aber es gibt danach auch noch Übergangsfristen. Also das dauert mehrere Jahre, bis wir das EU-Lieferkettengesetz da irgendwie anwenden können. Aber es gibt ja ein deutsches Lieferkettengesetz seit Jahren. Also vielleicht kann das ja irgendwas machen. Offiziell heißt es übrigens Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz. Dann gibt es gerade im März ein interessantes Vorkommnis. Da hat nämlich die deutsche Verbraucherzentrale Temu einfach abgemahnt. Ich verlinke euch mal die Abmahnung in den Shownotes. Unter anderem wegen des Einsatzes von Dark Patterns und Temu, ich glaube sogar Shein auch, haben Unterlassungserklärungen abgegeben und behauptet, dann machen sie es halt nicht mehr. Da ist natürlich interessant, guckt da einer drauf, ob das auch so ist oder nicht. Frankreich hat im Mai 2024, also auch ganz frisch, verkündet, dass sie einen Gesetzentwurf vorliegen haben, der Temu die Werbung verbieten soll und eine Umweltabgabe vorschreiben soll auf nicht recyclingfähige Artikel. Und das sollen zehn fette Euro pro Artikel sein. Das ist wahrscheinlich der zehnfache Preis eines Durchschnittsartikels von da. Das klingt eigentlich total sinnvoll, aber wird wahrscheinlich gar nicht so kommen, denn ihr habt sicher mitgekriegt, es gibt ja Neuwahlen in Frankreich. Die

Rechten sind im Aufmarsch und wenn die die nächste Regierung dominieren, dann spielen Umwelt- und Arbeitsbedingungen wahrscheinlich keine besondere Rolle mehr. Aber jetzt endlich zum Ausschuss. Wir hatten Gäste aus vier verschiedenen Ministerien. Also große Mannschaft anmarschiert. Das BMWK, Wirtschaft und Klima war da. Das BMDV, zuständig für Digitales. Das BMF, weil es geht ja auch um Geld, Zoll und so. Und das BMUV, das U steht für Umwelt und das V für Verbraucherschutz. Die hatten alle eine Möglichkeit, eine Intro zu geben und ihre Positionen darzustellen. Und komischerweise haben drei von vier Ministerien davon keinen Gebrauch gehabt. Die hatten einfach null Bock, uns Abgeordneten irgendeine Position zu erzählen. Das hat nur das BMWK gemacht und hat von seinen acht Minuten auch nur drei genutzt, also relativ wenig erzählt, nämlich ja, Problem ist groß, wir gucken da genau hin. Man steht im Austausch mit diversen Marktüberwachungsbehörden, aber auch mit hiesigen Händlern und Unternehmen. Und ein Problem sei, dass die Zuständigkeiten für die Marktüberwachung, da haben wir wieder mal ein föderales Problem, auf die Länder verteilt sind. Jetzt müsse man also gucken, wie man bestimmte EU-Regelwerke umsetzt, also gerade auch die neuen, die ich beschrieben habe, und wie man sicherstellt, dass die Standards, die da festgeschrieben werden, für Sicherheit, Umwelt, Gesundheit, Arbeitsbedingungen und so weiter, dass die auch eingehalten werden.

Und damit sind wir dann eigentlich schon in die Debatte gekommen und die drehte sich natürlich auch um die Frage der Da hat ein Abgeordneter dass es mal so eine Prüfung wo man 5000 Produkte Test bestellt Produktsicherheit. ich das hat die Bundesnetzagentur erzählt, und dass man die Produkte gab, untersucht 92 Prozent sollen hat, nicht glaube, verkehrsfähig gewesen weil sie einfach gemacht, nicht rechtskonform waren. hat. sein,

Die hätten gar nicht eingeführt werden zum Beispiel aus dürfen, Gründen der weil Produktsicherheit, ein CE-Siegel gefehlt hat und solche Dinge. Da war dann also die natürliche Frage, warum wird dann eigentlich nicht viel mehr kontrolliert? Warum gibt es nicht irgendwo eine riesengroße Halle, wo also ständig tausende Pakete reinkommen und man nur mal reinguckt, irgendwas testet und dann aus dem Verkehr zieht und dann entsprechend auch Strafen erhebt. Aus dem Finanzministerium wurde das kommentiert damit, man hätte ja ein Team, das zuständig sei für solche Sendungen, aber es sind halt viele Sendungen und es geht ja auch am Ende nicht bloß ums Zollrecht, sondern auch um Sicherheit, Umweltschutz und so weiter und dafür sind die ja gar nicht zuständig. Dafür ist aber das BMUV zum Beispiel zuständig. Und das hat selber Anfragen an die Ländermarktüberwachungsbehörden gestellt und hat dann gesagt, naja, bei den Sicherheitsfragen, alle zeigen immer auf andere, da ist ja die Produktsicherheitsrichtlinie zuständig. Die Pflichten dafür, die liegen aber gar nicht beim Online-Marktplatz, sondern beim Hersteller. Und die Hersteller sind ja alle in China. und das ist alles äußerst kompliziert. Und außerdem, die Produktsicherheitsrichtlinie gilt auch noch nicht, die tritt erst Ende 2024 in Kraft. Dann hat ganz zum Schluss noch das Wirtschaftsministerium was gesagt und meinte auch, hm, Problem, das föderale System für die Marktüberwachung funktioniert halt noch nicht wirklich super und die Kooperation, die

hätte da echtes Verbesserungspotenzial. Mich hat für die ganzen anderen Themen auch mal interessiert, hat man denn überhaupt eine vernünftige Datenlage? Gibt es da einen strukturierten Ansatz? Sammelt man Daten aus verschiedenen Regulierungsthemen, die auf unterschiedliche Ministerien oder von mir aus auch Länder-Marktüberwachungsbehörden auf unterschiedliche Ministerien oder von mir aus auch Länder, verteilt sind? Marktüberwachungsbehörden

Hat man da irgendwie eine Rubrik eine Rubrik Umwelt, Gesundheit,

Das BMWK die meinte, die sind zurzeit Daten, nicht sinnvoll strukturiert. Man kriegt zwar immer mal so Einzelfälle mit, aber man hätte keine Gesamtsicht. Das Problem hätte man aber auch schon erkannt und man würde daran arbeiten. Da hat mich natürlich interessiert, ja woran denn? Was ist denn da die Lösung, die man angeht? Will man eine Arbeitsgemeinschaft aufmachen? Will man gemeinsame Prozesse definieren? Gibt es einfach eine Datenbank, die sich alle teilen

wirkliche Aufklärung. Das BMWK hat zum drölfzigsten Mal erklärt, dass die Marktüberwachung ja föderal organisiert ist und das Datenaggregieren da äußerst schwer. Ehrlich gesagt, klingt wirklich nicht vielversprechend. Und so funktioniert es auch nicht. Das ist ein bisschen so ein Déjà-vu vom Online-Zugangsgesetz, wo auf diesem komischen Dashboard im Internet man auch nicht erkennen kann, was Sache ist und das mit der Begründung, die Daten liegen ja irgendwie in den Ländern. Also ein föderales System muss immer noch schaffen, Daten miteinander auszutauschen, insbesondere wenn es um so wichtige Fragen wie Gesundheit, Umwelt, Jugendschutz und Arbeitsbedingungen geht. Apropos, Arbeitsbedingungen spielen ja auch immer eine Rolle bei den Lieferkettengesetzen. Ich habe also bei der Gelegenheit mal ganz direkt gefragt, warum zum Kuckuck hat sich die Ampel in der EU beim Lieferkettengesetz eigentlich enthalten? Vielleicht habt ihr es mitbekommen, vielleicht auch nicht, aber beinahe wäre dieses Gesetz an Deutschland gescheitert. Es gab Gott sei Dank eine Mehrheit auch ohne Deutschland, aber die war knapp. Und ich fand das unfassbar. Es gibt ja so Rechtsverletzungen auch woanders. Diese 40.000 Kinder in kongolesischen Minen zum Beispiel, die da Kobalt für unsere Elektronik rauspopeln auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit. Also da fehlt mir wirklich jedes Verständnis, warum die deutsche Regierung sich da enthalten hat. Und wisst ihr was? Großes Schweigen im Walde. Vertreterinnen vier verschiedener Ministerien gucken einfach geradeaus, so ein bisschen an mir vorbei, keiner antwortet was. Aber es passierte etwas wirklich Schräges. Ein Abgeordneter der FDP hat einfach mit beiden Fingern auf sich gezeigt, total breit gegrinst und meinte sozusagen damit, das war die FDP. Und war auch noch stolz drauf. Also da fehlt mir gleich noch viel mehr, das Verständnis mit so einem breiten Grinsen cool zu signalisieren, wegen uns. Das ist schon krass. Also ich meine, menschenfeindliche Politik machen ist schon eh kacke. Aber sich dann auch noch dafür feiern? Boah ey. Aber ich habe euch ja erzählt, es gibt auch ein deutsches Lieferkettengesetz. Nicht nur das europäische, sondern das deutsche.

Das gibt es schon eine ganze Weile, nämlich seit Januar 2023. Ich habe deshalb nochmal die extrem miesen Arbeitsbedingungen für Temu und Ski-In beschrieben. Die hundertfache Überschreitung von Grenzwerten krebserregender Stoffe und Produkten, die Umweltverschmutzung durch Fast Fashion, den massenhaften Warenverkehr per Flugzeug, den Export unseres CO₂-Fußabdrucks nach China. Und habe erklärt, dass ich also gerade vom Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz mehr Leidenschaft erwartet habe. Also, dass man da irgendwie handelt. Und daher war dann meine Frage an dieses Ministerium, was ginge denn mit dem deutschen Lieferkettengesetz? Gibt es da irgendwelche Ansätze? Aber das BMUV hat mich auch angeschwiegen. Stattdessen hat das BMWK geantwortet, dass eher nicht das Lieferkettengesetz da relevant sei, sondern die

würde man auch diskutieren. Und darüber würde man auch diskutieren. Man könne das aber nicht so spontan beantworten. Man kann das ja irgendwie

Da habe ich Chemikalien, gesagt, ja, okay, aber die Arbeitsbedingungen, die doch auf jeden Fall. Aber da waren meine

Ein sehr dominantes Thema in der Debatte war die ganze Frage rund um den Zollbetrug. Die hat also viel Redezeit bekommen, aber leider wenig Output produziert. Dabei ist die Dimension wirklich extrem. Ein Abgeordneter der SPD, der hat mal vorgerechnet, dass von diesen Plattformen jeden einzelnen Tag 400.000 Pakete nach Deutschland kommen. Man wollte wissen, was macht denn die Bundesregierung, wenn von denen praktisch keins zahlt? Auch da gab es keine echte Antwort. Zollrecht ist EU-Recht. Man kann da also national ziemlich wenig machen. Aber das Zollgesetz auf europäischer Ebene soll reformiert werden. Da wird sich Deutschland für eine Beschleunigung einsetzen und da sollen dann unter anderem auch die Zollfreigrenzen angepasst werden. Aber ist halt eine Frage der EU. Außerdem haben sie uns erzählt, dass immer mehr von den chinesischen Plattformen aus anderen europäischen Ländern verschickt wird. Und da spielt dann zumindest für Deutschland der Zoll keine Rolle mehr. In der gleichen Woche haben sie uns übrigens verraten, wollte sich die Bundesregierung auch mit diesen beiden Plattformen treffen. Also da wäre ich ja schon gerne Mäuschen gewesen. Das Ganze nochmal für euch zusammengefasst. Also Temu und Xi'in, das ist Gruselkapitalismus in Reinform. Der wirkt nach innen, aber auch nach außen toxisch auf die Umwelt, auf Soziales, aber auch auf unsere Wirtschaft. Die Bundesregierung, die kam zwar mit vier Ministerien, aber mit einer sehr unterdurchschnittlichen Hierarchie. Vielleicht haben sie deshalb so viel geschwiegen. Ihre Informationsbereitschaft war absolut unterambitioniert. Und das nervt schon sehr als Abgeordnete, weil dafür sind wir ja da, die zu fragen. Und die sind dafür da, uns zu antworten. Wenn dann da nichts kommt, ist blöd. Als Linke würden wir übrigens dieses System am liebsten grundlegend verändern. Da gibt es auch ganz charmante Ideen. Zum Beispiel sowas wie Wikipedia für Online-Marktplätze, also einen neutralen Online-Handelsplatz in Gemeineigentum als Default. Werbearm oder komplett werbefrei, alles kann man per

Suchfunktion finden, dazu muss man es aber suchen. Es gibt also keinerlei extra Kaufanreize, es ist schlicht eine Plattform ohne Gewinnabsicht. Dann kauft man vielleicht eher nur das, was man wirklich braucht und wirklich sucht und nichts, was die Folge eines manipulativen Konsumrausches ist. Finde ich eigentlich ziemlich geil, die Idee, aber wird wohl bis absehbar nicht kommen. Und bis dahin wäre ja mindestens die Anwendung geltenden Rechts gegen große Plattformründer schon mal eine echte Verbesserung. Ja, damit kommen wir zum nächsten Thema. Wir bleiben aber bei chinesischen Unternehmen. Wir kommen von der Online-Shopping-Plattform zur Telekommunikation. Und da geht es um Huawei-Komponenten im 5G-Mobilfunknetz in Deutschland. Da sollte ja die Telekommunikationsinfrastruktur überprüft werden. Und es ging darum, müssen da jetzt chinesische Komponenten ausgetauscht werden oder nicht. Das hatten wir schon mal im Digitalausschuss. Wenn ihr sehr treue und lange Hörer seid, dann erinnert ihr euch vielleicht ganz dunkel, vor über einem Jahr in der Folge 11 haben wir im März darüber geredet und in der Folge 19 im letzten Juli. Also im Prinzip ein Jahr her, das letzte Mal. Prinzip ein Jahr her, das letzte Mal. Die Grundsatzfrage, die dahinter ist steckt, ja, welche Anbieter von Produkten, die sich an kritischen Stellen an deutschen Mobilfunknetzen befinden, sind vertrauenswürdig? Und wenn man feststellt, welche nicht vertrauenswürdig sind, was macht man da eigentlich? Das Misstrauen gegen den Marktführer von 5G-Komponenten, Huawei aus China, ist ja hierzulande sehr groß, allerdings auch nicht nur hier. Und da wurde zum Beispiel immer wieder die Debatte geführt, gibt es einen Killswitch, also kann man uns das Internet abschalten, beziehungsweise den Mobilfunk und andere Debatten. Aber man hat eine belegbare Basis dafür eigentlich nie gefunden.

das eine verabschiedet, rechtliche Basis dafür geschaffen hat,

nämlich im Paragraf Da ist eine sogenannte Ex-Post-Prüfung drin Die heißt also, 9b. verankert. dass bereits verbaute Technik überprüft werden muss, ob sie ein Sicherheitsrisiko für Deutschland darstellt. Aber das bezieht sich ausschließlich auf öffentliche 5G-Mobilfunknetze. Wenn ein 5G-Netz nur ein Campus-Netz ist und nicht öffentlich, fällt es raus. Ist es 4G-Netz, fällt es raus. Ist es kein Netz, sondern irgendwas anderes, fällt es auch raus. Also nur öffentliche 5G-Netze.

Die Europäische Kommission sieht die beiden Unternehmen auch als Sicherheitsrisiken und hat die also schon aus ihren Netzen verbannt. Und gleiches auch die Länder Schweden, Portugal, Italien und Großbritannien. Die haben also auch dass Huawei aus erklärt, den Mobilfunknetzen raus muss, aber zum Teil mit jahrelangen Übergangsfristen. Die Bundesregierung ist ein bisschen gespalten. Also das das BMWK und das Auswärtige BMI, die sind mehr so für einen harten Amt, Kurs. Das das hat aber da so ein paar Vorbehalte gegen ein vorschnelles Verbot, BMDV,

Vor einem Jahr, als wir das vorletzte Mal auch im Podcast darüber sprachen, da hieß es ja noch, bis Ende April 2023 sollen die Telekom-Unternehmen Daten abliefern zur Verwendung von kritischen Komponenten von Huawei oder anderen gefährlichen Unternehmen. Dann begann im letzten Sommer die Auswertung der Vorprüfung und auf den Ergebnissen der Vorprüfung basierend ist dann ein sehr umfassendes Prüfverfahren gestartet worden. Diese Prüfung läuft jetzt seit einem ganzen Jahr und ist immer noch nicht abgeschlossen. Und genau darum ging es im Digitalausschuss. Drei Ministerien waren da. Das Wirtschaftsministerium, das Innenministerium und das Digitalministerium. Da gab es also von der Bundesregierung eine kleine Info. In dieser Info wurde sinngemäß gesagt, die Prüfung ist komplex. Deswegen dauert es eine Weile, wird sehr gründlich gemacht. Man arbeitet sehr, sehr gut mit den Telekom-Unternehmen zusammen. Man hätte auch schon einen gewissen Austauschbedarf, also von Komponenten erkannt, aber die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Daher kann man also keinerlei Details erzählen. Aber man würde jetzt schon Gespräche führen mit den Telekom-Unternehmen und innerhalb der Koalition, um die verschiedenen Interessen, die da eine Rolle spielen, auszubalancieren.

In der Debatte kam dann rüber, dass die Ministerien also absolut nichts sagen wollen zu möglichen Maßnahmen. Also ob Austausch, wie viel Austausch, wann Austausch von Komponenten, null Info, weil da laufen ja die Gespräche noch. Wir haben auch keine einzige Aussage bekommen zur Feststellung konkreter Gefahren durch Warbeikomponenten. Auch nicht zu der simplen Frage, wer ist da eigentlich gefährlicher, China oder die NSA. Bei dem einen weiß man schon ganz viel mit Überwachung, bei dem anderen halt bis jetzt noch keinen belegten Fall. Und dann wollten wir halt natürlich auch wissen, wie lange dauert es das jetzt noch? Wann erfahren wir denn mehr? Wann ist diese Überprüfung abgeschlossen? Aber auch da wurde uns nicht mal ein ungefähres Datum genannt. Also nicht mal Monat, nicht mal Vorsommer, Nachsommer. Beziehungsweise wurde angedeutet, Sie denken schon, dass Sie so bis zur Sommerpause diese Prüfung abgeschlossen haben wollen. Das glaube ich erst, wenn ich die Schlagzeile dazu lese. Was sie aber auch machen wollen, ist für mehr offene Schnittstellen sorgen. Und das ist gut. Für mehr offene Systeme sorgen ist auch gut, weil beides zusammen, also offene Schnittstellen und Open Hardware und solche Geschichten, für weniger Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen sorgen und es natürlich erleichtern, bestimmte technische Komponenten auch einfach auszutauschen. Klargestellt wurde aber eine ganz interessante Frage, nämlich dass es keinen Entschädigungsanspruch für die Netzbetreiber gibt, sollte ein Ausbau von Komponenten angeordnet werden. Das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 sieht sowieso keine Entschädigung vor, aber es gab ein bisschen in der Öffentlichkeit die Debatte, ob nicht die Unternehmen dagegen klagen können und einfach Entschädigungsansprüche einklagen. Aber das BMI, das hat ein Rechtsgutachten zitiert, das die Netzbetreiber selber haben erstellen lassen und fand das offenbar super gut. Und da soll der Kern sein, dass es keinen Anspruch auf Schadenersatz gibt, wenn Innovationszyklen beachtet werden. Innovationszyklen heißt, wann baue ich irgendeinen Teil sowieso aus, weil es inzwischen eine neue Generation gibt, wo es Sinn macht, die neue zu benutzen, nicht die

alte. So was wie nach zehn Jahren schmeiße ich den Kühlschrank weg, weil er zu viel Energie verbraucht und es einen besseren gibt. Nach diesen Zyklen haben wir schon letztes Jahr gefragt und da hieß es also, ein häufiger Innovationszyklus-Zeitraum für diese Art von Komponenten ist zwei Jahre. Wenn die Bundesregierung also noch ein bisschen länger trödelt, erledigt sich das Problem auf jeden Fall ohne Entschädigung. Dann sind nämlich durch den ganz normalen Innovationszyklus von zwei Jahren die Warbuy-Komponenten an den kritischen Stellen eh rausgeflogen. Und ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass man darauf auch spielt. Ich habe trotzdem noch mal gefragt, haben denn die Unternehmen Entschädigungen in irgendeinem dieser Gespräche gefordert? Aber das BMI sagt nein. Also in Gesprächen mit dem BMI haben sie das nicht getan. Abgeordnete wollten auch wissen, ob es denn tatsächlich diesen Zielkonflikt gibt mit dem Mobilfunkausbau. Also würde der beeinträchtigt werden? Und da hieß es früher immer, ja, ja, da bestünde durchaus eine reale Gefahr. Diesmal wurde überspezifisch dementiert. Da wurde nämlich gesagt, es gibt gar keinen Einfluss auf die Erreichung der Gigabit-Ziele im Jahre 2030. 2030 ist bekanntlich noch ein bisschen hin. Das ist das Ende der nächsten Legislatur. Da ist diese Regierung ja schon ganz lange weg. Insofern war das ein bisschen merkwürdig. Ich fand noch sehr interessant den Umstand, dass das BMI ja immer wieder gesagt die Prüfung hat, läuft noch. Aber vielleicht seid ihr ja auch treue HörerInnen von Jung und Naiv. Da gab es kürzlich ein Interview mit der BSI-Präsidentin Claudia Plattner. Das fand am Januar statt. 16. Ich verlinke euch das natürlich in den Shownotes. Und da ging es auch an einer Stelle zur Huawei-Prüfung in den Mobilfunknetzen. Und da hat Claudia Plattner erzählt, das BSI hätte eine technische Prüfung vorgenommen und hat alle Ergebnisse an das BMI geliefert. Aussagen dazu hat sie nicht gemacht, weil das darf sie nicht. Aber sie hat gesagt, dass die politische Entscheidung, was mit diesen Ergebnissen jetzt gemacht wird oder nicht, ausschließlich im BMI liegt. Das heißt, dass die technische Prüfung noch nicht fertig ist, stimmt einfach nicht. Das könnt ihr selber Reinhören. Ab 1 Stunde 22 Minuten geht es um das Thema Warbein im 5G-Netz. Da geht es auch um die Lieferung der Einschätzung des BSI an das BMI. Und ich wollte wissen, was steht denn im Bericht des BSI? Sie konnte es ja bei Jung und Naiv nicht sagen, aber vielleicht im Ausschuss. Aber der Staatssekretär des BMI meinte, nee, dieser Prozess der Prüfung, der laufe ja eigentlich noch und von einem BSI-Bericht zu kritischen Komponenten in den Netzen selber, also wie die da so verbaut sind, von so einem Bericht weiß sie gar nichts. Weiß er gar nichts. Und ich hatte da, wenn ihr da gewesen wärt und mir ins Gesicht geschaut hättet, einen ganz klassischen WTF-Gesichtsausdruck. Ich schätze nämlich Claudia Plattner vom BSI sehr, die bullshittet nix. Also wenn die sagt, sie hat dann eine technische Prüfung abgegeben, hat sie die abgegeben und ich verstehe nicht, warum man die entweder nicht kennt oder dazu nichts sagt. Zum Schluss mache ich bei Huawei-Themen eigentlich immer mal wieder nach der Bahn gefragt. Da gab es nämlich schon von anderen Abgeordneten Fragen und danach komische Statements, nämlich von Seiten der Bundesregierung dazu, dass es eine Anzeigepflicht der Bahn gäbe für Huawei-Komponenten in deren 5G-Netz. Das hat also ein Vertreter des BMI gesagt und die Staatssekretärin des BMDV hat das bestätigt. Das kann ja irgendwie nicht sein, weil bis jetzt, immer wenn ich danach gefragt habe, hieß es, das IT-

Sicherheitsgesetz 2.0 bezieht sich, wie ich euch schon erklärt habe, nur auf öffentliche 5G-Mobilfunknetze. Das Bahnnetz ist ein internes Netz, das ist nicht öffentlich. Ich wollte also wissen, gibt es tatsächlich irgendeine Anzeigepflicht für die Bahn, wenn sie war bei Komponenten an kritischen Positionen verteilt? Und wenn ja, was ist denn da für die gesetzliche Grundlage? Wo kommt die auf einmal her?

gewesen sein. Es gibt natürlich immer noch keine Rechtsgrundlagen. Gar nichts hat sich geändert, was aber auch ein Problem ist. Ich habe also nachgehakt und gesagt, denkt man denn inzwischen drüber nach? Das letzte Mal dachte man vor einem Jahr drüber nach. Tut sich da was? Es sind ja schließlich kritische Infrastrukturen. Und wenn das Mobilfunknetz, das interne, das Kommunikationsnetz der Deutschen Bahn ausfällt, ist halt auch Kacke am Dampfen. Und da hieß wie es, vor über einem Jahr und vor über zwei Jahren, ich frage ja regelmäßig nach, total ja, wichtig, sieht man auch aber so, erstmal wartet man das Ende dieses aktuellen Prozesses ab und dann gucke man weiter.

Man findet es aber wichtig und aus dem BMDV wurde ergänzt, man entwickelt seine Haltung dazu noch während dieses laufenden Prozesses mit den Mobilfunknetzen. Also ich muss sagen, die Ampel ist echt lahm am Entwickeln von Positionen und bald ist die Legislatur vorbei und dann wahrscheinlich immer noch keine da und schon gar keine Regulierung. Huawei. Paragraph 9b des Sicherheitsgesetzes ist tatsächlich keine spezielle Regelung gegen Huawei in der Theorie. In der Praxis gibt es aber nur dieses eine einzige Verfahren und da dreht sich alles um Huawei. Das schon ewig lange. Die Prüfung dauert an. Von den Maßnahmen wissen wir immer noch nichts. Also was, wann, wie schnell ausgetauscht wird, keine Ahnung. Zu konkreten Gefahren gab es wie in allen früheren Huawei-Debatten, wieder keine einzige Info. Die Bewertung ist ausschließlich politisch. Wir bleiben beim Thema IT-Sicherheit. Es gab nämlich wieder Ärger mit WebEx-Videokonferenzen. Diesmal war mehr als nur die Bundeswehr betroffen. Ihr erinnert euch, Taurus League, das hatten wir auch schon hier im Podcast besprochen. Und weil das so ein großes Ding war, war diesmal auch Cisco zu Gast. Die sind also mit etlichen Leuten eingetrudelt. Aber ich gebe noch mal eine kurze Zusammenfassung, was da eigentlich jetzt aufgedeckt worden war. Da standen nämlich tatsächlich hunderttausende Links zu WebEx-Konferenzen von Behörden offen im Netz, mitsamt der Metadaten. Also wer wen zu welchen Videokonferenzen mit welchem Titel eingeladen hat und so. Das hat eine Recherche vom Verein Netzbegründung und der Zeit ergeben. Die wurde am 4. Mai 2024 veröffentlicht. Das Datum spielt noch eine Rolle. Merkt euch den 4. Mai. Netzbegründung hat herausgefunden, dass man die Meeting-IDs erraten kann. Die sind nämlich, super Anfängerfehler beim Thema IT-Sicherheit, einfach hochgezählt worden. Und so konnte man sie zeitlich logisch zuordnen und konnte dann quasi von einem einzelnen Ministerium zum Beispiel sehen, in welcher Reihenfolge da welche Meetings gemacht worden sind. Dazu habe ich übrigens auch mit der Zeit geredet und Statements von mir findet ihr in einem Zeitartikel vom 8. Juni. Auch den verlinke ich euch unten. Mit dem ganzen Thema ist Cisco über ein Advisory an die Öffentlichkeit gegangen. Und zwar am 4. Juni

hat die Schwachstelle bestätigt und hat geschrieben, dass die Sicherheitslücke schon zum 28. Mai geschlossen worden war. Am 10. Juni gab es dann auch eine Bewertung vom BSI. In der stand drin, dass Cisco seine Kunden zu spät und auch nur unvollständig informiert hätte und dass man aber auch keine Erkenntnisse hat, dass die Sicherheitslücke von irgendwelchen anderen als von Netzbegrünung und Eva Wolfangel von der Zeit ausgenutzt worden ist. Ein Tag danach, am 11. Juni, schrieb das BSI aber an den Digitalausschuss noch ein extra Briefchen, nämlich dass es WebEx niemals empfohlen habe. Das stand also unter anderem in einem Zeitartikel drin. Der aber hat am gleichen Tag nach diesem Brief dann ergänzt, dass das BMI und das BMDV aber genau das der Zeit gegenüber so gesagt hätten. Das hat bei uns natürlich Fragezeichen ausgelöst. Auf die kommen wir dann. Das BSI hat jedenfalls in diesen Brief reingeschrieben, dass es nur Mindeststandards definiert hat. Und das dazugehörige sogenannte C5-Testtat, das macht das BSI aber gar nicht. Also das führt die Prüfung nach diesen C5-Vorgaben gar nicht durch. Das machen irgendwelche anderen unabhängige Wirtschaftsprüfer. Und das Testtat hat WebEx aber bekommen. Sagt aber alles nicht so viel. Werden wir gleich sehen.

Wir kommen jetzt nämlich zur Debatte im Da hatten wir vier verschiedene Ausschuss. Gender war nicht von Cisco Vertreter, dann jemand vom nötig, ein Staatssekretär anwesend, und der stellvertretende BMI, Präsident des BSI und virtuell aber nicht zu Wort dazugeschaltet, der das war noch Uli gekommen, Ich vermisse BFDI, ihn ehrlich gesagt jetzt Kelber. schon schmerzlich. Die Intro von da weiß ich überhaupt nicht, Cisco, was ich euch von erzählen soll. Das war Null Aufklärung. Der hat allgemeine Funktionsweisen von WebEx erklärt und ist auch tatsächlich auf den aktuellen Fall exakt Null eingegangen. Das ist schon wirklich frech. Da wirst du ins Parlament eingeladen wegen der Sicherheitslücke und erwähnst sie nicht mal. Also das war schon seltsam. Diskutiert haben wir viel zum Umfang und zum Schaden der Schwachsteller. Gab es etliche Fragen von etlichen Abgeordneten. Mal ging es darum, wie viele Daten sind abgeflossen. Mal ging es um den finanziellen Schaden. Mal ging es um die Zugriffe Dritter, um den Gesamtschaden. Immer wieder. Da hat Cisco eigentlich immer das Gleiche Ganz wenig geantwortet. Daten Ausschließlich abgeflossen. an Keine Netzbegrünung. um den Dritter, immer Gesamtschaden, Da hat Cisco eigentlich wieder. immer das Gleiche geantwortet. Ganz wenig Daten abgeflossen, ausschließlich an Netzbegrünung. Keine Dritten waren beteiligt, kein Schaden entstanden. Aber eine Sache wurde von Cisco gesagt, nämlich dass sie, also irgendwann am Anfang, dass sie in ihren eigenen Logfiles nur bis zum 6. Mai 2024 rückwärts gucken können. Deswegen habe ich das nochmal klarstellen wollen und habe Cisco gefragt, ist die Aussage, keine weiteren Metadaten sind abgeflossen, außer die, die man jetzt weiß, kann man diese Aussage nur bis zum 6. Mai bestätigen, weil sie für alle Zeiten davor die Datenabgriffe überhaupt nicht checken können. Und das wurde mit einem klaren Ja bestätigt. Und jetzt kommt das Datum wieder ins Spiel. Am 4. Mai wurde die Sicherheitslücke veröffentlicht. Bis zum 6. Mai rückwärts geht nur das Logbuch. Das heißt, bei der Veröffentlichung der Sicherheitslücke am 4. Mai war öffentlich die Schwachstelle verbrannt. Also wenn Spione die vorher benutzt wären sie ziemlich haben, das nach dem

noch blöd, zu tun, 4. weil sie dass wissen, man dann genau an dieser Stelle gucken im Logbuch. wird, Man kann also gar nicht ob die monatelang sagen, oder jahrelang ausgenutzt worden ist und von wem. Und ich finde, diese behauptete Sicherheit, da sei gar nichts passiert, wenn die nur auf drei Wochen Lockfiles aktuell besteht und sonst gar nichts, da muss man das auch ehrlich zugeben. Also das fand ich schon ein bisschen daneben, dass Cisco das Problem so runtergespielt hat und nicht ehrlich war, dass man es einfach gar nicht weiß. Ein anderer Schwerpunkt der Debatte war das Thema Security by Default. Da ging es natürlich auch darum, dass diese Meetings-ID einfach hochzählen. Das hat Cisco hart abgestritten. Die haben also gesagt, nö, da wird nichts hochgezählt, das sind zufallsgenerierte Meeting-IDs. Es gäbe auch keinerlei erkennbare Muster. Das widerspricht aber wirklich den Angaben von Netz begründung und ich habe auch mit Eva Wolfangel telefoniert nach diesem Digitalausschuss. Die hat die Daten ja selber gesehen und sie hat gesagt, sie schwört es. Sie hat mit eigenen Augen gesehen, dass sie immer einfach eins hochgezählt haben. Das finde ich sehr merkwürdig, dass Cisco uns da offenbar einfach angelogen hat. Wissen wollten wir auch, warum man denn die Passwörter nicht per Default vorschreibt. Man kann sich nämlich im Moment aussuchen, ob man eine WebEx-Videokonferenz mit Passwort belegt oder ohne und Security by Default würde ja eigentlich heißen Passwort by Default und das ist nicht. Und wenn wir dann fragen, warum ist dann das nicht so, dann kriegen wir von Cisco als Antwort, aber wir empfehlen das doch immer. Wir sagen doch alle unseren Usern, sie sollen das doch da einstellen. das stellen, ist nicht Jo, Privacy Cisco, by Default oder Security by da habt ihr was Default, nicht ganz verstanden. Und als das zweite oder dritte Mal darauf da haben sie kam, dann plötzlich Ende Juni gesagt, soll das Default werden. Ich es hoffe, war auch vorher schon beschlossen, hätten sie es aber auch gleich sagen können. Mir ist besonders wichtig was gibt es denn eigentlich auch, an Alternativen zu aber nicht nur zu WebEx, auch zu Zoom. WebEx, Im Bundestag zum Beispiel werden wir künftig Zoom benutzen, ab ob Sommer, das wirklich besser I don't ist, know. Besser sind Open-Source-Produkte, wenn sie auch sicher sind. Und da gibt es welche auch im Bereich Videokonferencing. Deswegen habe ich das BMI gefragt. Beim Zentrum für digitale Souveränität, da soll ja OpenDesk weiterentwickelt werden, das auch Videokonferenzkomponenten enthält. Open Source, wie gesagt. Wann gibt es denn das frühestmöglich und standardkonform, was die BSI-Standards angeht, für den Bund zum Nutzen? Vom BMI die Antwort, es gibt da eine Lösung im Testbetrieb, die kann aber noch nicht Verschlusssachen, die NFD sind. Und das würde länger dauern, wäre super komplex. Kann ich verstehen, ist kompliziert so, NFD-Gedöns. Aber ganz viele Videokonferenzen, die man halt so im Arbeitsleben macht, sind nicht NFD. Ich wollte also wissen, wann gibt es denn die Nicht-NFD-Variante? Und hat das Zendes eine Beauftragung und eine ausreichende Finanzierung? Das Zendes ist beauftragt. Ich vermute mal, es hat endlich den Auftrag für Open Desk, also für den Open-Source-Arbeitsplatz im Bund bekommen. Und da soll die Videokonferenz ja ein Teil davon sein. Wann das jetzt kommt, die Frage blieb offen. Aber es wurde darauf hingewiesen, dass das Hauptproblem die Finanzierung des Betriebs ist. Also nicht nur das zu entwickeln, sondern später muss das ja auch irgendwo gehostet und betrieben werden.

die Finanzierung ab 2025 nicht klar. Was auch noch daran liegt, dass wir ja gerade erst den Haushalt 2025 verhandeln. Ohne ich nichts Gutes, da scheint einfach Open Source nicht besonders hoch im Kurs zu stehen. Und ob die Ressource bzw. Christian Lindner da ausreichend Mittel bereitstellen wird, anstatt sie Microsoft und Co. in den Rachen zu werfen, das ist sicher noch eine offene Frage. Hat Cisco schlecht informiert? Tatsächlich, das hat das BSI ja kritisiert in seiner schriftlichen Stellungnahme. Was ist da dran? Also eher nichts. Cisco hat nämlich, das habe ich euch ja beschrieben, nur drei Wochen Lockdaten mehr, können die gar nicht rückwärts gucken. Alle Betroffenen, die sie darin erkennen konnten, hatten sie auch informiert. Netzbegründung hat aber Daten von Zugriffen vor dem 4. Mai, bevor sie das veröffentlicht haben und die kann Cisco aber nicht sehen. Und deswegen hat Netzbegründung über mehr Daten mit dem BSI reden können als Cisco selber. Und deswegen gab es Betroffene, von denen Cisco erst nichts wusste. Ja, mein kleines Fazit zu diesem Thema WebEx. Das Krisenmanagement von Cisco war eigentlich ganz okay. Mein besonderer Dank geht aber nicht an Cisco, sondern an den Verein Netzbegründung für das Aufdecken dieser Schwachstelle und an Eva Wolfangel von der Zeit fürs Dranbleiben an dem Thema. Das hat sie ja jetzt schon ein paar Wochen und Monate getan und findet da auch immer wieder was. Userinnen sensibilisiert und Druck auf den Bund ausübt, wird sich daran etwas ändern und bekommen vielleicht sichere Open-Source-Lösungen eine Chance, die tatsächlich am Ende auch beitragen zur digitalen Souveränität von Deutschland. Also ich hoffe, dass dieses eigentlich Drama ein Push wird für mehr Security bei Default-Videokonferenzen und für sichere Open-Source-Lösungen für den Bund, dem Bundestag eingeschlossen, damit wir hier nicht auf ewig Zoom benutzen müssen. Unser letztes Thema, das hat auch mit Kommunikation zu tun, nämlich mit Mobilfunk. Eigentlich mehr mit Funklöchern oder Geldlöchern. Je nach Betrachtung geht auch beides. Es geht nämlich um die Mobilinfrastrukturgesellschaft, abgekürzt MIG. Seit Jahren sind wir als Deutschland ja berühmt als Land der Funklöcher. Ich habe dazu schon Fernsehinterviews für das holländische Fernsehen geben müssen. Die berühmten deutschen Funklöcher. Deshalb hat Andi Scheuer, man erinnert sich noch ungern an ihn, im Jahre 2020 das sogenannte Funklochamt gegründet mit sehr, sehr, sehr viel Geld. Die Mobilinfrastrukturgesellschaft. Dieses Funklochamt, die MIG, die hatte etliche Aufgaben, die alle dazu beitragen sollten, den Mobilfunkausbau vor allem in ländlichen und unterversorgten Gebieten zu fördern und zu beschleunigen. Also genau da, wo der Markt versagt. Die sollten koordinieren und beraten, also so ein Kümmerer vor Ort sein, zwischen Kommunen, Telekom-Unternehmen und tausend verschiedenen Dritten vermitteln. Sie sollten aber auch direkt finanzieren und fördern, zum Beispiel den Aufbau und den Anschluss von Strom- und Glasfasern bei Funkmasten. Die bauen die Masten nicht selbst, die schreiben eine Förderung aus und dann baut die wer anders, die zahlt aber dafür. Und sie unterstützen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, die dauern ja bekanntlich auch immer recht lang. Warum gab es jetzt einen Grund, darüber mal wieder zu reden? Das liegt daran, dass der sogenannte Geschäftsbesorgungsvertrag, also der Auftrag für die MIG zu existieren und dafür, dass sie Geld kriegen, zwischen Bund und MIG, der läuft

aus zum Ende nächsten Jahres. Also am 31. Dezember 2025 geht in der MIG endgültig das Licht aus. Und das Mobilfunkförderprogramm der Bundesregierung, aus dem die ganzen Gelder laufen, das endet sogar schon am 31. Dezember 2024. Nebenbei gab es eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu den Aufgaben der Gesellschaft. Die habe ich noch nicht gesehen. Die wird nämlich noch komischerweise abgestimmt. Also ich denke ja, wenn da jemand eine Wirtschaftlichkeit untersucht, hat er ein Ergebnis und dann ist es fertig und man kann es angucken. Aber da wird nö, wohl noch redaktionell was beeinflusst bei der Abstimmung im Kabinett. Aber irgendwann wird es ja dann öffentlich. Das alles waren sozusagen Gründe. Und dieses Mobilfunkförderprogramm, das übrigens Ende dieses Jahres ausläuft, das hat auch bestimmte Gründe. Nämlich da sollen auf EU-Seite bestimmte beihilferechtliche Anforderungen gestiegen sein. Dahinter verbirgt sich die Aussage, es ist komplizierter für den Bund, Geld für die Wirtschaft auszugeben, für irgendwelche Förderprogramme. Das hat also irgendwie mit der Mobilfunkförderung zu tun, die geht nicht mehr so wie früher. Und das soll eine Ablehnung der Mobilfunknetzbetreiber geben. Ich hatte leider wieder so wenig Fragezeit, dass ich diese eine Frage, warum zum Kuckuck lehnen die da was ab, ja, die kriegen doch eigentlich Geld für Funkmasten, das konnte ich nicht fragen und es wurde leider auch nicht aufgeklärt.

nicht mehr. Dann kann sie eigentlich nur noch administrieren, was so an angefangenen Förderverfahren läuft. Und dann stellt sich natürlich auch die wie lange braucht man die? Frage, Also über alles das haben wir miteinander gesprochen. Das BMDV war da und natürlich auch die MIG vertreten selber, unter anderem durch ihren Geschäftsführer. Und die Intro vom BMDV kann ich für euch kurz machen. Das BMDV hat sich im Wesentlichen selbst gelobt, hat auch wie super mega erklärt, geil die MIG ihre Arbeit gemacht hat, dass sie bis Ende 2025 weiter super mega geil arbeiten wird. Und dass es ja auch gar kein Problem ist, dass die abgewickelt weil das war wird, ja schon immer der Plan. Sie sei ja an Ziele gekoppelt und die sind ja fast alle erreicht, weil die Mobilfunkversorgung ist ja so großartig. Ich hoffe, es hört mir niemand aus der Ostprignitz gerade zu und fällt vor Lachen vom Stuhl. Naja. Also festgestellt wurde dann als letztes noch, dass die paar übrigen offenen Aufgaben, die dann nächstes Jahr noch über sind, die sollen dann gehen an die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen. Die kürzt sich BAV ab, falls ihr das schon immer mal wissen wolltet. Und ein paar gehen auch ans Gigabit-Büro des Bundes, und zwar die Kümmerer-vor-Ort-Aufgabe. Der Geschäftsführer, der MIG, der hat ein bisschen mit Zahlen um sich geworfen. Die haben also in ihrer Zeit, die sie existieren, 2600 Markterkundungsverfahren

man fragt den Markt, also die Unternehmen, die da so rumsitzen und arbeiten, wer von euch baut dann zufällig in dieser Gegend ein Funkloch zu und dann schreiben die halt ich oder sie schreiben nicht ich. Das ist also ein Markterkundungsverfahren.

150 Standorte übrig bleiben für so einen Funkmast, der gefördert werden könnte. Und da guckt dann gibt es Grundstücke, man, wo man ihn aufstellen wo liegen Glasfaser und Stromnetze, kann, die man da anschließen könnte. Und das daraus, dauert alles eine ganze Weile, entstehen dann Förderaufufe. Das ist wenn man das alles vorgeklärt hat, also, und davon gibt es nur noch 100. 100 Förderaufufe, die aber 123 Funkmaststandorte betreffen. Bewilligt wurden davon 54. Ihr merkt es, die Zahlen werden immer kleiner. An einer Stelle werden sie wieder größer, nämlich bei der Anzahl Mitarbeiter. Diese Behörde, die sitzt in Naumburg und hat 70 Mitarbeiter. Also mehr Mitarbeiter als bewilligte Förderaufufe, das waren ja nur 54. Aber zur Debatte. das mache ich für euch kurz und knackig. Also die interessantesten Erkenntnisse waren, seit der Gründung im Jahre 2020, noch unter Andi Scheuer, sind exakt drei Funkmasten fertiggestellt worden. Funkmast ist aber nicht gleich Funkmast. Also es kommt ja darauf an, die sollen ja Funklöcher schließen. Ich habe also gefragt, ist von diesen drei Funkmasten schon irgendeiner in Betrieb? sollen ja Funklöcher Ich habe schließen. also ist von diesen gefragt, drei Funkmasten schon irgendeiner in Betrieb? Hat also ganz tatsächlich im real existierenden Leben ein Funkloch geschlossen? Gibt es da ein Netz, wo es vorher keins gab wegen diesem Mast? Und Leute, vielleicht ahnt ihr es schon, an den Anschlüssen wird noch gearbeitet. Strom und Glasfaser ist zum Teil schon dran,

erarbeitet. Strom und Glasfaser ist zum Teil schon dran, aber Antennen fehlen noch. Ein Funkmast ohne Antennen. Wow. Wir halten also fest, nach viereinhalb Jahren Gründung hat die Mobilinfrastrukturgesellschaft kein einziges Funkloch geschlossen. Als sie gegründet wurde, gab es jede Menge Medienberichte. Googelt mal ein bisschen rum oder benutzt eine andere Suchmaschine googelt mal ein bisschen eurer rum oder benutzt eine andere Suchmaschine eurer Wahl. Wahl. Da steht drin, Da steht 4.000 drin, Funklöcher soll diese MIG schließen. 4.000 bis jetzt hat sie keins geschafft in Funklöcher, viereinhalb Jahren, aber anderthalb Jahre haben wir ja noch. Und es wurden ja schon 54 Standorte für die Förderung bewilligt. Die Kosten dafür sind übrigens 55 Millionen Euro, macht also Pi mal Daumen eine Million Fördergeld pro Funkmast. Aber das sind ja nur die ausgegebenen Gelder für die Finanzierung. Diese 70 Mitarbeiter und die Miete fürs Gebäude und das kostet so, auch alles Geld. Geschäftsführer kostet auch alles Geld. Also habe ich mal

40 Millionen Euro bis

40 Millionen Euro bis zum letzten Jahr. 40 Millionen Euro. Für 2024 gibt es ein Verwaltungskostenbudget von 31 Millionen Euro. Das Jahr läuft ja noch, deswegen weiß ich nicht, wie viel es am Ende gewesen sein wird. Übrigens, also übrig sind ja von den 4.000 Funklöchern noch 4.000 Funklöcher. Also vielleicht schaffen sie die ja alle in 18 Monaten. Irgendjemand anders von den Abgeordneten fragte dann, wie viel kann man denn noch schaffen an neuen Förderungen, bis Ende 2024 das Förderprogramm komplett ausläuft? Mindestens 280 könnte man schaffen, maximal 440. So, jetzt rechnen wir mal ein bisschen. Also in drei Jahren haben wir ja 54 Förderdinger geschafft. In zwölf Monaten soll jetzt also

das 5- bis 8-fache geschafft werden. Nehmen wir mal an, das Maximalziel wird erreicht. 440 Funklöcher sollen noch geschlossen werden. Ist nicht wahrscheinlich, komplett unwahrscheinlich, aber wir sind ja heute großzügig drauf. Nehmen wir also die 440 potenziell wahrscheinlich niemals erreichbaren plus die 54, die wir schon hatten, macht 495. Runden wir fett auf auf 500, wir sind ja großzügig. Das wären also möglicherweise, wenn alles wahnsinnig toll läuft, 500 Funklöcher von 4000. 4.000. Das BMDV schafft es trotzdem, sich dafür zu feiern und redet beschönigend von, die Markterkundungsverfahren haben ja auch zu einer Marktbelebung geführt. Das soll also heißen, die Netzbetreiber haben selber Funkmasten gebaut und Funklöcher geschlossen. Zahlen dazu gibt es natürlich keine direkt. Das ist einfach mal so eine Behauptung aus dem Hut gezogen, wie ein weißes Kaninchen beim Zauberer. Also das Fazit, das Funklochamt hat kein Funkloch geschlossen. Es bleibt ein Funklochamt. Es hat drei Funkmasten errichtet, die bisher Baudenkmäler sind. Trotzdem sind sowohl die MIG als auch das BMDV stolz und optimistisch, denn bis zur Abwicklung im Jahre Ende 2025 kann man ja noch total viel wuppen. Rein rechnerisch geht das ja gar nicht, wie ihr nachvollzogen habt. Das einzig wirklich Bedauernswerte am Ende dieser überflüssigen MIG, die übrigens betrieben wird von Toll Collect, ihr erinnert euch, das Maut-Desaster-Unternehmen. Aber das, was wirklich bedauernswert ist, ist, dass eine der wenigen Bundesbehörden, die tatsächlich entgegen vieler weiterer Versprechen im Osten eröffnet worden ist, dass die nun bald wieder weg sein wird und dass die 70 Mitarbeiter, die meisten stammen aus der Region, dann doof dastehen werden. Das ist das einzig wirklich schade. Ansonsten werde ich, dieser Mick, kein Tränenlein nachweinen.

Und ein paar Hinweise. In dieser Sitzungswoche habe ich zwei Reden geschwungen. Nämlich einmal zum Recht auf lahmes Internet. Das verlinke ich euch in den Shownotes. Das war ja schon im letzten Podcast Thema in der Folge 34. Und hier in der Rede könnt also um Mindeststandards für Cybersicherheit, die auch in Deutschland umgesetzt werden müssen. Da werde ich in meiner Rede vor allem über die Sicherheit in Kommunen reden und warum die in die NIST-II-Richtlinie reingehören. Da will die Bundesregierung sie nämlich nicht haben.

meine kleine Anfrage zu VMware kam Die Bundesverwaltung hat sich ja extrem abhängig von einem Heuschreckenkapitalisten Außerdem, also der zurück. die VMware aufgekauft hat und jetzt große Probleme Kosten Lizenzvorgaben gemacht, verändert Brotkomm-Firma, Und jetzt steckt der Bund wie der Gesamtmarkt auch irgendwo in bereitet, der Der Kern erhöht, der öffentlichen IT-Infrastruktur etc. ist natürlich betroffen. Klemme. Es gibt einen ganz harten mögliche Log-In-Effekt, IT-Stabilitätsrisiken, Risiken von Kostensteigerungen. Aber ich kann euch nur einen Teil davon erzählen. Ihr werdet es bald auf meiner Webseite finden und auch in Medienberichten. Aber ganz viele wichtige Informationen wurden zur Verschlussache erklärt. Die sind also quasi geheim, nur für den Dienstgebrauch und ich kann darüber nicht erzählen. Dann gibt es nochmal was ganz anderes. Es war nämlich Satirikerin Sarah Bosetti für ihre Late-Night-Show am Bundestag unterwegs. Die hat mit Nico Semsrott eigentlich gesprochen, also in ihrem Studio, ein Ex-Abgeordneter des Europäischen Parlaments, der

auch ein sehr empfehlenswertes Buch gerade veröffentlicht hat. Aber Sarah Bosetti, die ich übrigens ganz großartig finde, hat auch hier im Bundestag mit etlichen Abgeordneten gesprochen und das so ein bisschen in diese Late-Night-Show reingeschnitten.

Die Sendung war echt sehr spannend. Hört sie euch Wir an. MDBs waren da ja nur bei Werk. Und wir wurden dann so Sachen gefragt wie, was ist das Schlimmste oder das Schönste in der Politik? Welche Sicht haben normale Leute auf Politiker? Dann konnten wir uns Jobs aussuchen für Friedrich Merz anstelle im Bundestag oder im Kanzleramt, ich möchte nicht daran denken, herumzuhängen, da wird es dann auch mal ein bisschen lustig. Ansonsten auch eine eher ernste Sendung, aber guckt sie euch an. Nochmal ins Fernsehen komme ich irgendwann später, nämlich an dem Tag, an dem ich das aufnehme, das ist ausnahmsweise ein Freitag, da wird auch gedreht. Heute Abend bin ich mit Linda Zervakis unterwegs. Da geht es um das Thema, welche KI-Tools ich und meine Mitarbeiter auf Arbeit nutzen. Es geht aber auch ein bisschen um globalgalaktische Themen rund um KI, aber auch um Politik in Deutschland und Europa. Wahrscheinlich könnt ihr euch das dann angucken am 21.08. Das werde ich aber auf jeden Fall auf meinen diversen Plattformen auch verkünden. Und noch ein kleiner Reminder. Am 26. Juni gibt es die Anhörung zur innovativen Datenpolitik. Für uns dabei sein wird der Sachverständige Max Schrems. Max Schrems himself. Ihr werdet ihn bestimmt gerne hören wollen. Wenn ihr dabei sein wollt, könnt ihr das auch persönlich. Meldet euch an unter bundestag.de oder schaltet euch rein. Das wird ja per Livestream übertragen. Ansonsten freue ich mich wie immer über Feedback unter Hashtag der ADB Podcast. Wenn ihr die Sendung noch nicht abonniert habt, den tollen Podcast niemals verpassen wollt, dann abonniert mich und empfiehlt mich gerne weiter. Bis dahin bleibt gesund und kein Sex mit Nazis. Und außerdem danke an alle, die vor allem im ländlichen Raum Teil der Brandmauer sind. Danke an alle Omas gegen Rechts überall und an alle anderen. Ihr seid es, die die Demokratie retten. Danke und macht weiter.